

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 8

Ercheint **sonntags**
Zeugpreise vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezugs
Verlegung bei allen Postanstalten

Berlin, den 15. Februar 1925

Verlag: **Verlag G. Z. Breitner**, 89 IV
Kornstr. 83/84
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Papierene Versprechen.

Seit einiger Zeit kann man ein neues Ansteigen der Preise beobachten, so sind u. a. wichtige Rohmaterialien im Preise merklich angezogen. Die erhöhten Rohstoffpreise werden selbstverständlich zunächst Preisverteuerungen in der ganzen verarbeitenden Industrie hervorrufen, die sich dann auf den Verbrauch durch erhöhte Preisspannen und Verdienstspannen, also in bedeutend erhöhten Kleinhandelspreisen, auswirken müssen. Das bedeutet neben einer Verringerung des Reallohnes einen Rückgang des Warenabfahes und der Warenausfuhr. So wird eine neue Teuerungswelle unbedingt neue Absatzschwierigkeiten schaffen, die die gegenwärtige Absatzkrise wesentlich verlängert. Was wird die neue Regierung tun, um diesen Gefahren zu begegnen?

Die deutsche Wirtschaftspolitik liegt in schlechten Händen, der Verlauf der Wirtschaftskrise im Vorjahre beweist das. Wir erinnern nur an die Leistungen des Reichsernährungsministers Ranig, der durch die bekannte Getreideausfuhr- und Getreidepreissteigerungspolitik die Agrarkrise in Deutschland in einer höchst stümperhaften Weise zu lösen versuchte. Und doch stehen der Regierung viele Mittel zur Verfügung, der Preisüberhebung Einhalt zu tun. Das wird nicht nur von erfahrenen Wirtschaftsleuten betont. Wir haben ja selbst im Frühommer 1924 erlebt, daß durch die Einschränkung spekulativer Kredite, also durch höchst materielle Mittel, die Preise auf ein erträgliches Maß gebracht werden konnten. Von dieser Politik hat man leider abgesehen, denn sie forderte von den deutschen Unternehmern Opfer, und die Unternehmer waren dazu nicht bereit. Dainals setzte man an Stelle dieser Politik „Verbilligungsaktionen“. In der gegenwärtigen Regierung sitzen heute noch zwei Männer, die diese „Verbilligungspolitik“ eingeleitet haben. Es sind dies der bereits erwähnte Reichsernährungsminister Graf Ranig, der, als er die Steigerung der Getreidepreise ermöglichte, den Gewerkschaften das Versprechen gab, die notwendigen Preisreduzierungen vorzunehmen, damit die erhöhten Erzeugerpreise nicht von der bereits überlasteten Verbraucherschaft getragen werden mußten, und der Mann, der heute an der Spitze des Kabinetts steht, Dr. Luther. Dieser hat als Reichsfinanzminister zwei Steuerreformen durchgeführt mit dem Ziel, durch eine Erleichterung der Steuerlasten, besonders durch eine Reduzierung der Umsatzsteuern usw. die Warenpreise zu ermäßigen. Seitdem sind Wochen und Monate ins Land gegangen: Die Befassung der Produktion ist merklich verringert worden, aber die Preise und die Profite sind merklich gestiegen. So haben sich die Lutherischen „Verbilligungsaktionen“ als Mittel herausgestellt, die ohne Wirkung geblieben sind. Was Graf Ranig den Gewerkschaften versicherte und was Dr. Luther durch eine geflügelte Presse in Deutschland verbreiten ließ, nämlich die Prophezeiung, die Warenpreise im Interesse einer Belebung der Wirtschaft zu ermäßigen, erwies sich als papierene Versprechungen, als ein wortreicher Appell an Unternehmer- und Händlerium, das die neuen Projekte einstündig und jetzt die Preise wieder einmal herauf-

zusehen im Begriff ist. Es muß festgestellt werden, daß Herr Ranig überhaupt keinen Versuch gemacht hat, das Versprechen, eine Preisreduktion herbeizuführen, einzulösen, und daß sich die Lutherischen Verbilligungsaktionen als unaugliche Mittel erwiesen haben.

Besiegt hat also jenes kurzfristige Unternehmertum, das um eines augenblicklichen Profits willen tatsächlich die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs Spiel setzte. Dagegen hat sich die vorletzte Regierung immerhin gewehrt. Aber die Furcht vor den mächtigen Interessentengruppen war so groß, daß in der Wirtschaftspolitik der Kurs der Unternehmer, der Profitskurs, gesteuert wurde. Bei dem gegenwärtigen Kabinett wird den deutschen Unternehmern das Spiel noch leichter fallen, vor allem in der Preisfrage. Man hat zwar an einigen Orten die Preise für Milch und Fleisch ein wenig gesenkt. Das geschah, um den neuen Akteuren in der Regierung die Auftrittsregeln leichter zu gestalten, und die deutschen Agrarier müssen, im wohlverstandenen eigenen Interesse, was sie ihren Deuten schuldig sind. Sie können das Spiel um so eher mitmachen, da sie die Gewissheit haben, daß diese Preisreduzierungen nicht von langer Dauer sein werden. Gerade die Art und Weise, wie den deutschen Kreditoren Kredite zur Verfügung gestellt werden, wie großzügig die neue Regierung die Schadenerstattung für die rheinisch-westfälische Schwerindustrie aus den Micumlasten geregelt hat und wie den Landwirten aufs neue Steuern und Kreditzurückzahlungen gestundet werden, beweist, daß sich die deutsche Privatwirtschaft auf die Regierung, die ja ihre Regierung ist, verlassen kann.

Diese Regierung wird auch gegenüber einer kommenden Teuerungswelle keinen Finger rühren. Wir sehen das schon daran, daß in vielen Industrien Preissteigerungen durchgeführt werden, die völlig unverständlich sind. Wir erinnern nur an die letzte Steigerung der Papierpreise. Diese Passivität vermittelt den Eindruck, daß man sich im Reichswirtschaftsministerium absolut nicht mehr die Mühe macht, überhaupt noch nach einer Berechtigung für solche Preissteigerungen zu forschen. Und das in einem Augenblick, in dem in allen Ländern erste Maßnahmen eingeleitet werden, die Preise zu senken. Nur wir erlauben uns den Luxus einer neuen Teuerungswelle. Was helfen uns Handelsverträge und was hilft uns die sprichwörtliche Tüchtigkeit des deutschen Arbeiters, wenn unsere Preise, die an und für sich schon sehr hoch sind, weiter gesteigert werden? Niemand wird deutsche Ware, wenn sie auch noch so gut ist, kaufen, wenn er zu billigeren Preisen annähernd gleich gute Waren wo anders erstehen kann! Die Tatsache, daß der deutsche Export kaum die Hälfte der deutschen Ausfuhr im Jahre 1913 ausmacht, während die Einfuhr sich bedenklich weiter steigert, muß unbedingt zu denken geben. Lassen wir uns nicht endlich auf, um einer neuen Verteuerungswelle Einhalt zu tun, dann gehen wir einer Katastrophe entgegen, für die das deutsche Unternehmertum und dessen Regierung die Schuld tragen.

Entscheidungen zu unseren Reichstatarifverträgen.

Kartonnagenindustrie.

Am 5. Februar fanden in Leipzig Verhandlungen mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten statt, bei denen unsere Vertreter eine 20prozentige Lohnerhöhung forderten, so daß sich ein Spitzenstundenlohn von 80 Pf. ergeben hätte. Das noch immer bestehende Mißverhältnis zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten und die bevorstehenden Mietsteigerungen ließen eine solche Forderung durchaus gerechtfertigt erscheinen. Die Arbeitgebervertreter lehnten zunächst jede Lohnerhöhung ab, da sich zurzeit noch nicht übersehen läßt, in welchem Umfang sich die Miete steigern werde. Nach mancherlei Hin und Her kam es schließlich zu der nachstehend wiedergegebenen Vereinbarung:

1. Der gegenwärtige Lohntarif wird bis zum 26. Februar verlängert.

2. Vom 27. Februar bis 2. April wird der Spitzenlohn von 67 Pf. auf 70 Pf. und vom 3. April bis 30. April von 70 Pf. auf 72 Pf. erhöht. Die übrigen Lohnsätze werden in üblicher Weise auf der Grundlage der Spitzenlöhne von 70 Pf. bzw. 72 Pf. errechnet.

3. In Dresden und Württemberg kann bei der Errechnung des neuen Spitzenlohnes ab 27. Februar 1 Pf. von der bisherigen überartificialen Bezahlung in Anrechnung gebracht werden.

4. Das derzeitige Arbeitszeitabkommen wird ebenfalls in unveränderter Weise bis 30. April verlängert.

5. Bis Dienstag, den 10. Februar, kann die Ablehnung der obigen Vereinbarung erklärt werden.

Beim Ablauf der Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung wurde von beiden Seiten die Annahme der Vereinbarung ausgesprochen, doch kommt auf Wunsch der Unternehmer die Ziffer 3 in Wegfall.

Mit dem

Deutschen Buchdruckerverein

fanden am 10. Februar Verhandlungen über den Neuaufschluß des Mantelvertrages statt, die zunächst zu einer Verständigung nicht führten und deshalb auf Antrag unserer Vertreter vertagt wurden.

Zum Streik der Eisnarbeiter in Eisenberg und Rathenow.

Der Stand des Streiks unserer Eisenberger Kollegenschaft ist unverändert. Inzwischen hat auch das gesamte Personal der Rathenower Eisnarbetriebe die Arbeit am 9. Februar niedergelegt. Die Rathenower Unternehmer hatten den Schiedsspruch vom November nicht anerkannt und die dortige Kollegenschaft arbeitete noch immer zu den Löhnen, die im Mai v. J. vereinbart worden waren. Langwierige Verhandlungen verzögerten immer wieder ein energischeres Vorgehen. Nachdem, wie bereits in unserer letzten Nummer berichtet, die Rathenower Kollegenschaft den Schlichtungsausschuß in Potsdam beauftragt hatte, einen Schiedsspruch zu fällen, wurde dort zwischen dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes und unseren Verbandsvertretern vereinbart, daß eine unverbändliche Aussprache zwischen den beiderseitigen Leitern stattfinden sollte. Diese

Das ist falsch. Nur durch Tarifvertrag ist es gestattet, länger arbeiten zu lassen. Auch die Betriebsräte haben keine Vollmacht, wenn der Tarif es nicht zuläßt, längere Arbeitszeit zu gestatten. Ebenso können die Behörden nur erlauben, nicht zwingen, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten. Mehr als zehn Stunden täglich darf überhaupt nicht gearbeitet werden.

Eine Bontottpolitik dem Auslande gegenüber aufkommen zu lassen, ist falsch. Es muß vielmehr alles getan werden, die günstige Stimmung nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter zu fördern. Leider fehlt es aber der Arbeiterchaft an der notwendigen Einheit und Einsicht. Zwei Drittel aller Volksgenossen sind Arbeiter und haben die Mehrheit. Doch sie ziehen noch nicht an einem Strang. Dann erst, wenn die Zersplitterung beseitigt ist, wird es möglich sein, Gesetze zu schaffen, die dem Wohle der gesamten Bevölkerung dienen und die auch das Land tragen kann. **E.**

Gefahr im Westen.

Zahlen beweisen. In Nr. 51 der „Buchbinderzeitung“ sind zum ersten Male nach längerer Zeit die Mitgliederzahlen der einzelnen Zahlstellen veröffentlicht worden. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache und sind für alle rheinischen Berufsangehörigen ein Menetekel. Alle Zahlstellen im Gau links des Rheins haben zusammen nur so viele Mitglieder am Schluß des 3. Quartals 1924, wie die Zahlstelle Köln im Jahre 1920 allein hatte. Es nützt nichts, vor dieser Tatsache den Kopf in den Sand zu stecken, sondern es muß ausgesprochen werden, daß in diesem Rückgang der Mitgliederzahlen sich eine große Gefahr für die rheinische Berufsarbeiterschaft bemerkt macht.

Wie ist dieser Mitgliederverlust aber gekommen? Die gesamte rheinische Arbeiterschaft hatte in der Nachkriegszeit in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit mit viel mehr Schwierigkeiten zu rechnen als das uns besetzte Gebiet. Was aber diese Arbeiterschaft in dem Jahre 1923 bis weit in das Jahr 1924 hinein mitgemacht hat, dürfte wohl in der Geschichte einzig dastehen. Infolge des Ruhrkrieges lagen fast sämtliche Betriebe still. Die durch die Arbeitslosigkeit allgemein einsetzende Verelendung der Arbeiterschaft wurde noch durch die rasende Geldentwertung vergrößert. Die Gewerkschaften waren außerstande, ihre Mitglieder finanziell zu unterstützen, die wenigen Beiträge, die in den einzelnen Zahlstellen verkauft und nach einiger Zeit an die Verbandskasse abgeliefert wurden, waren infolge der Inflation das Porto nicht mehr wert. Die Mitglieder glaubten sich in ihrer Verelendung von den Gewerkschaften im Stich gelassen. Dabei war jede gewerkschaftliche Arbeit ausgeschlossen. Versammlungen konnten keine stattfinden. Eine große Zahl von Gewerkschaftsführern wurde ausgewiesen oder aus ihrer Wohnung gesetzt. Um das Unglück vollzumachen, setzte auch noch der bekannte Separatistenput ein.

Daß nach alledem die Mitglieder für ihre Organisation nicht mehr stramm standen, ist nur zu sehr verständlich, besonders wenn man weiß, daß vor dem Kriege nur wenige Berufsangehörige im Rheinland Mitglieder des Verbandes waren. Eine durchgreifende Schätzung der nach dem Kriege zu uns strömenden Mitglieder konnte infolge der unüberbrochenen Lohnbewegungen nicht vorgenommen werden. Aber trotz der vielen Lohnherabsetzungen wurde die Arbeiterschaft immer ärmer.

Diese schlimme Zeit ist nun vorbei und wird hoffentlich nicht mehr wiederkommen. Wir haben wieder eine stabile Währung, und auch die Wirtschaft ist leidlich im Gange. Jetzt ist aber auch wieder die Zeit gekommen, in der die Läden, die der unglückselige Ruhrkrieg in unsere Organisation gerissen hat, wieder ausgefüllt werden müssen. Durch eine lebhaftere Agitation in unserem Gau war es bereits möglich, wieder einen Teil der früheren Mitglieder zu gewinnen. Aber für jeden gewerkschaftlich gehaltenen Kollegen geht das Tempo der Auffüllung unseres Mitgliederbestandes viel zu langsam, weil er weiß, wieviel auf dem Spiele steht. Nicht als ob ein Teil der früheren Mitglieder unseres Verbandes dauernd indifferent bleiben würde! Daß sie wieder den Weg zur Organisation finden, dafür sorgt schon der unerfälschliche Moloch Kapitalismus, der in seiner Profitgier keine Grenzen kennt. Sehr schnell würden unsere Berufsangehörigen im Rheinlande an ihren Lohnstätten merken, was es heißt, unorganisiert zu sein. Wir wissen bereits jetzt schon zur Genüge, wie die Arbeitgeber wieder den alten „Herrn-im-Haus“-Standpunkt herausführen. Wie leicht können sich unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtern, und wie schwer wird es dann fallen, das Verlorene wieder zurückzugewinnen!

Jeder Kollege und jede Kollegin muß unbedingt die Gefahr erkennen. Ein großes Agitationsfeld ist in unserem Gau vorhanden. Für etwas gutem Willen dürfte es nicht schwer fallen, sämtliche früheren Kollegen und Kolleginnen wieder unserer Organisation zuzuführen. Wenn in diesem Sinne unsere Mitglieder sich betätigen, dann wird unser Gau links des Rheins bei der Abrechnung des 1. Quartals 1925 mit anderen Zahlen aufwarten können.

Senfes-Bonn.

Die Agitationsversammlungen im Gau Württemberg und Baden.

Unsere Agitationsversammlungen haben die Kollegen Reh, Kleintnecht, Bogel, Döbbling, Zens und Hemminger als Referenten. Die Versammlungen hätten zum überwiegenden Teil weit besser besucht sein können, als es der Fall war. Zum Teil konnten sie wegen zu schlechten Besuchs überhaupt nicht eröffnet werden. Diese Interesslosigkeit wirkt sich aber auch in den Betrieben aus. Der Unternehmer weiß, was die Glode geschlagen hat und was er sich mit einem solchen Personal erlauben darf und was nicht. Und diese Tatsache hat zur Folge gehabt, daß in Orten, in denen eine Versammlung überhaupt nicht zustande kommen konnte, weil uns geschrieben wurde, daß jede Hoffnung vergebens sei, heute das gesamte Personal wieder organisiert ist. Unsere Unternehmer sind also manchmal recht gute Agitatoren.

Kollege Metz-Frankfurt hielt Versammlungen ab in Stuttgart, Heilbronn, Bruchsal, Karlsruhe und Lahr. Die in Lahr war im Verhältnis noch am besten mit 200 Berufsangehörigen besucht. Am schlechtesten in Karlsruhe und Bruchsal mit je kaum 20 bis 30 Besuchern. Gerade die in Bruchsal beschäftigte Kollegenschaft hätte es ganz besonders nötig, sich dem Verbande anzuschließen, denn dort machen die Lüten- und Wellpappenfabrikanten mit ihrem Personal, was ihnen paßt.

Kollege Bogel-Karlsruhe hielt Versammlungen ab in Unterriechbach, Bretten — 2 Etuis-Orte — die ebenfalls schlecht besucht waren. Die Kollegen und Kolleginnen in Bretten ließen sich aber noch in der Versammlung wieder in die Organisation aufnehmen. Sind es auch nur etwa 20, so ist doch auch dort wieder ein Anfang gemacht. Das übrige besorgen die Pforzheimer Einheitsfabrikanten. Eine weitere von Bogel in Dilsdorf abgehaltene Versammlung hatte zur Folge, daß dort etwa 20 Neueingestellte sich ebenfalls restlos organisierten. Dort ist die Kollegenschaft es handelt sich um einen Kartonnagenbetrieb, ziemlich restlos organisiert. In Ludwigsburg, wo Bogel ebenfalls hätte sprechen sollen, kam eine Versammlung ebenfalls nicht zustande. Der Unternehmer, es handelt sich um eine Bilderbücher- und Spielfabrik, der früher in seiner Eigenschaft als Mitglied des „Api“ und später durch Schiedsspruch den „Api“-Tarif zahlte, hatte schon im Mai 1924 am schwarzen Brett angehängen, daß er auch über den 30. Juni hinaus — Ablauf des „Api“-Tarifs — sich an diesen Tarif halte und daß es deshalb nicht nötig sei, daß sein Personal organisiert sei. Das hatten sich die guten Leute nicht zweimal sagen lassen. Rund 90 Proz. der Beschäftigten zahlten daraufhin keine Beiträge mehr. Sie hatten sich ausgerechnet, wieviel sie dabei pro Jahr sparen. Als es dann soweit war, erklärte der Unternehmer, daß der „Api“-Mantel- und Lohnvertrag für ihn nicht mehr tragbar sei. Als im November für Ludwigsburg eine Lohnserhöhung in der Spitze von 11 Pf. eintreten sollte, zahlte der Unternehmer „Freimilch“ 2 (zwei) Pfennig pro Stunde. Daraufhin fanden die Kollegen und Kolleginnen die Organisation auch ohne Versammlung wieder. Heute sind wieder 90 Proz. des Betriebs organisiert und jetzt schlagen wir uns schon nachklang mit dem Unternehmer am Schlußungsausgleich usw. herum, um das Verlorene zurückzubekommen. Feiertage sind natürlich nicht bezahlt worden. Das alles muß wieder erlärmt werden.

Kollege Zens, Karlsruhe, sprach in Rastatt, Muggensturm und O.s. Die beiden ersten Versammlungen waren schlecht, die letztere gut besucht. In Dos ist alles restlos organisiert, in Rastatt in den kleineren Betrieben ebenfalls, während der größte schlecht organisiert ist. Um so verwunderlicher, als der Unternehmer der Organisation durchaus nicht feindlich gegenübersteht. Das letztere trifft auch für den Betrieb in Muggensturm zu.

Kollege Kleintnecht-Heilbronn war zunächst in Reutlingen. Die dortige Versammlung war sehr gut besucht, was zu verstehen ist, nachdem die Firma Enklin in Waiblingen, die dort in der Hauptsache in Frage kommt, den von uns verlangten „Api“-Tarif anzuerkennen sich geweigert hatte. Bei der Gelegenheit wollen wir bemerken, daß die Betriebe im Gau, deren Inhaber Mitglied des Reichsverbandes sind — es handelt sich um oben genannte Firma, dann um die Firmen J. F. Schreiber in Ehlingen, Hirsch in Konstanz und Weber in Heilbronn — den „Api“-

tarif anerkannt haben. Die Firma Hirsch schon lange, die andern, nachdem ein neuer Vertrag mit dem Reichsverband nicht mehr zustande gekommen war.

Die Versammlung in Konstanz war schlecht besucht. Dort wäre aber gewerkschaftliche Schulung ganz besonders am Platze.

Die für den Troffinger Bezirk angelegten Versammlungen waren fast durchweg schlecht besucht. In Troffingen selbst sowie in Luttlingen kam eine Versammlung nicht zustande, d. h. sie konnten wegen schlechten Besuchs nicht eröffnet werden. In Hausen a. B., in Thalheim und Neuhäusen waren die Versammlungen in den beiden erstgenannten Orten möglich, in Neuhäusen besser besucht. Dort waren von etwa 100 Beschäftigten etwa 60 in der Versammlung. In diesem Ort ist alles organisiert. Aber auch in den anderen Orten zeigt sich neuerdings wieder regeres Interesse an der Organisation. Auch dort sorgt die Vorkontrollpolitik der Unternehmer dafür, daß man langsam einzusehen beginnt, daß es so wie seither nicht weiter gehen kann.

In Ulm a. d. D. sprach in einer gut besuchten Versammlung Döbbling, Stuttgart. Der Erfolg war etwa 30 Neuaufnahmen. Bald darauf sprach der Kollege Hemminger hintereinander in zwei weiteren Versammlungen. Neben einer kleineren Geschäftsbucherfabrik, in der alles organisiert ist, kommt dort noch die Firma Dr. Höhn in Frage. Zuerst Buch- und Steindruckerei, hat sich diese Firma vor einigen Jahren noch eine Kartonnagenabteilung angegliedert. Diese Abteilung wurde im letzten halben Jahr außerordentlich vergrößert. Heute sind in dieser Abteilung ungefähr 650 Personen beschäftigt, meistens jüngere Leute. Hergestellt werden in der Hauptsache Zigarettenkartons. Der Boden ist sehr steinig und hart. Es handelt sich größtenteils um Leute aus den umliegenden Dörfern, die von Gewerkschaften keine Ahnung hatten. In der Firma, um nur ein Beispiel zu sagen, wurde längere Zeit mächtig Heberzeit gearbeitet. Zum Teil bis zu 80 und 85 Stunden in der Woche. Und diese selben Leute weigerten sich zum Teil, Mitglied des Verbandes zu werden mit der Begründung, daß wir dann auf eine kürzere Arbeitszeit drängen würden und sie dann nicht mehr soviel verdienen. O Sancta Simplicitas! Inzwischen ist es dort erheblich besser geworden. Aber immer noch ist viel zu regeln. Mitglieder haben wir dort jetzt ungefähr 250. Wir werden nicht rasten und ruhen, bis der ganze Betrieb organisiert ist.

Eine von Döbbling in Kirchheim (Ta) abgehaltene Versammlung hätte auch weit besser besucht sein können. Eine Besserung der Organisationsverhältnisse ist dort bis jetzt auch nicht eingetreten, obwohl dies ganz besonders nötig wäre.

Kollege Hemminger sprach in Soultgau in einer sehr gut besuchten Versammlung. Der dortige Lütenbetrieb ist — einschließl. der 40 Heimarbeiterinnen — restlos organisiert. Ferner sprach Hemminger in Sulzbach a. d. Murr. Dort hatte die Versammlung das Ergebnis, daß etwa 20 verloren gegangene Mitglieder wieder gewonnen werden konnten, so daß auch dieser Betrieb wieder restlos organisiert ist.

Neuerdings haben auch die Kollegen und Kolleginnen in Lorch wieder den Weg zur Organisation gefunden, nachdem sie restlos schneidmüchtig geworden waren. Es kommt dort die Kartonnagenfabrik Pfäffe in Frage. Unsere Leuten war auch dort gesagt worden, sie brauchten nicht Verbandsmitglied zu sein, der Tarif werde auch so bezahlt. Auch dort wurde ausgerechnet, wieviel die Ersparnis bedeutet. Und auch dort — wie in Ludwigsburg — fanden unsere Kollegen und Kolleginnen bald ein Haar in der Suppe. Heute sind von den 150 Beschäftigten wieder rund 100 organisiert und die andern folgen nach.

Wenn auch noch sehr vieles besser werden muß, wenn auch noch sehr viel verloren gegangenes Terrain wieder gewonnen werden muß, so kann doch gesagt werden, daß unsere Versammlungen direkt und indirekt unsere Bewegung wieder vorwärts gebracht haben. In allen Ecken und Enden reißt es sich. Aber viel, sehr viel hat noch zu geschehen. Wenn die Organisationsleistung von unseren Funktionären im Gau die Unterstützung findet, die nötig ist, dann werden wir im Verein mit unseren unerschrockenen Agitatoren, den Unternehmern, wieder auf die Höhe — organisatorisch und finanziell — kommen, die im Interesse unserer Mitglieder nötig ist.

Abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen haben heute sehr viele Kollegen und Kolleginnen wieder eingesehen, daß man mit dem Schimpfen über die Gewerkschaften nicht vor-, sondern rückwärts kommt. Man hat eingesehen, daß man die Gewerkschaften nicht niederreißen, sondern aufbauen muß, daß sie ihre Aufgaben noch lange nicht erfüllt haben, sondern in der kommenden Zeit erst recht berufen sein werden, ein Schutz und Schild für ihre Mitglieder zu sein. **R. J.**

Im Zeichen des Aufbaues!

In unserer Zahlstelle Nürnberg-Fürth geht das Organisationsleben hauptsächlich seit Ende September wieder recht lebhaft vorwärts. Nachdem der fürchterliche Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens bei Eintritt der Stabilisierung der Währung seine Schatten noch weit in das Jahr 1924 hineinwarf, hielt auch die Rückwärtsbewegung innerhalb unserer eigenen Reihen weiter an. Erst im März-April erholte sich der Geschäftsgang, er entwickelte sich gut, so daß die besten Hoffnungen berechtigt waren. Leider kamen die Störungen im Geldverkehr. Diese hatten zur Folge, daß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erneut einsetzten und bis Ende September anhielten. Erst gegen Anfang Oktober trat wieder besserer Geschäftsgang ein, der sich zwar rasch zur Hochkonjunktur entwickelte, aber leider nur knapp zwei Monate anhalten konnte.

Zwei grundlegende Abschnitte für unsere Organisation verdienen festgehalten zu werden. In erster Linie ist es die Lohnpolitik, die im Vordergrund stand. Durch die Inflation gingen die Vermögen der Gewerkschaften verloren, so daß bei Eintritt der Stabilisierung unserer Währung eine totale Verarmung zu verzeichnen war. Durch die dankenswerte Hilfe ausländischer Bruderorganisationen war es jedoch möglich, über die allerhöchste Zeit hinwegzutun, sicher ein Beweis dafür, daß die internationale Solidarität durchaus kein leerer Schall ist.

Daß den Arbeitergewerkschaften das finanzielle Rückgrat gebrochen war, daß dazu noch die Fahrenstucht so vieler Revolutionstäter kam, hatte zur Folge, daß die auftretenden Hindernisse fast unüberwindbar erschienen. Alle, die den Verband als einen Lohnerhöhungsautomaten betrachteten, wurden durch den fürchterlichen Orkan des wirtschaftlichen Zusammenbruchs hinweggefegt. Sie huldigten der Ansicht: Wir bekommen den Tariflohn doch und sparen dabei die Verbandsbeiträge. Auch setzte es nicht an gebantenlos am Schlimpfen über alle Organisationseinrichtungen.

Das Unternehmertum aller Schattierungen glaubte angesichts solcher Verhältnisse die Zeit für gekommen, die verhassten Gewerkschaften für immer zu vertilgen. Auf der ganzen Linie, voran die Großindustrie, verfuhr es mit allen Mitteln ihre Ziele, die in einem Lohnabbau bis zum äußersten, Kampf dem Wirtschaftskampf der gesamten Arbeiterschutzegebung, Kampf den Tarifverträgen und Kampf den Gewerkschaften überhaupt gipfelten. Daß dem Unternehmertum dabei die Bäume nicht in den Himmel gewachsen sind, beweist die Lohnentwicklung des Berichtsjahres. Dabei kann gesagt werden, daß hauptsächlich in der Kartonnagenindustrie schon im Mai 1924 die Gefahr bestand, einen annehmbaren Tarifabschluss nicht mehr tätigen zu können. Zu einem besonderen Kapitel gehört die Gruppe Bilderverbinder und Spielefabriken und Kunststoffwerke. Seit einigen Jahren war es gelungen, auch diese Gruppe unter den „Apt“-Reichstaxi bzw. unter dessen Lohnsätze zu stellen. Durch die Treiberei des neugeborenen Syndikats der Unternehmer wurden wir mit Gewalt im Laufe des Berichtsjahres vom „Apt“-Tarif losgetrennt und zu einem Ortstarif gezwungen. Der durch Schiedspruch des Sachverständigenausschusses Nürnberg entstandene Manteltarif brachte ab

Epigenetische Tabelle mit Spalten für 7. Juli, 12. Oktober, 29. November, für Männer, Arbeiterinnen, 30.-Mk., 15,90 Mk., 17,10, 18,40

pro Woche. Auch hier zeigt sich, daß trotz Abtrennung vom Reichstaxi die Arbeitererschaft sich ihrer Haut zu wehren verstanden hat. Nicht nur der drohende Abbau der Löhne wurde gänzlich abgewehrt, es gelang sogar ein nennenswerter Aufbau. Wieviel besser hätte der Lohnaufbau gefördert werden können, wenn nicht fahnenflüchtige in größerer Anzahl zu verzeichnen gewesen wären. Deshalb mühen wir mit Eifer und Ausdauer weiter um ein menschenwürdiges Dasein unserer Kollegenschaft ringen.

Der zweite Abschnitt unseres Organisationslebens ist im Wiederaufbau unserer Organisation selbst zu erblicken. Die üblichen Zustände zu Beginn des Jahres machten den inneren Aufbau außerordentlich schwierig. Anfangs standen unsere Verbandsbeiträge sehr niedrig, aber auch die jeither erfolgten Erhöhungen sind reichlich spät erfolgt. Auf diesem Gebiet gibt es noch recht umfangreiche Arbeit zu leisten, um wieder auf die gewohnte Höhe zu kommen. Erst gründlichen Aufbau der Beiträge, dann Ausbau unserer Unterstützungsanstalten. Um alle in Aussicht stehenden Kämpfe mit Erfolg durchzuführen, sind unbedingt notwendig die Ideenlosigkeit und Gehloffenheit aller unserer Berufsangehörigen im Verband und gut gefüllte Kassen.

Zum inneren Ausbau gehört auch die Agitation! Schon beim Einsetzen des besseren Geschäfts-

ganges im März 1924 wurde die Werbearbeit im ganzen Gau wieder in die Wege geleitet. Ein geeignetes Flugblatt kam zur Verbreitung und allorts setzte eine planmäßige Kleinarbeit ein. Diese berechtigte auch zu guten Hoffnungen, doch leider trat wieder ein Stillstand ein. Erst Ende September konnte der abgerissene Faden wieder angeknüpft und weitergearbeitet werden. Als Erfolg konnte bei der Vorortzahlstelle ein guter Zugang im 4. Quartal verbucht werden. Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar d. J. 234 Kollegen und 1558 Kolleginnen, zusammen 1792 Mitgliedern. Das ist eine Zunahme von 127 Mitgliedern. Dieser Erfolg beweist, daß es bei fleißiger, ausdauernder Werbearbeit vorwärts geht. Er zeigt aber auch, daß unser Verband seine alte Werbearbeit noch beifügt. Gerade diese Tatsache muß uns anspornen, mit verdoppeltem Eifer weiter zu wirken an der Aufklärung fernstehender Berufsangehöriger, um sie alle in unsere Reihen zu bringen. Noch sind Hunderte zurückzugewinnen!

Die Jugendbewegung macht erfreulicherweise auch recht gute Fortschritte. Unseren Vertrauensleuten kann nicht eindringlich genug geraten werden: Kümmert euch um eure jugendlichen Mitarbeiter und -arbeiterinnen, und veranlaßt sie, unserer Jugendabteilung beizutreten.

Ein in letzter Stunde gefällter Schiedspruch für die Bilderverbinder- und Spielefabriken und Kunststoffwerke brachte mit Wirkung vom 31. Januar 1925 einen Spitzenlohn von 36 Mk. und ab 18. April einen solchen von 36,70 Mk.

Alles in allem: Die Arbeit in unserem Bezirk und in unserer Zahlstelle geht stetig vorwärts.

F. W.

Eine Zahlstellenkonferenz in Altenburg

für die Zahlstellen Altenburg, Göhny, Schmödn, Gera und Zeitz fand am 11. Januar in Altenburg statt.

Altenburg hat sich immer mehr und mehr zur Industriestadt herangebildet. Der graphische Beruf ist stark vertreten, eine Anzahl Drudereien, darunter die große Hiererische Hofbuchdruckerei, die Spielartenfabrik Schneider usw. beschäftigen Hunderte von Buchdruckern, Steinbruckern, Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen. Unser freies Berufsleben bewegte sich in engen Bahnen. Die Buchbindereien selbst und zwei kleine Kartonnagenbetriebe beschäftigten wenige, ja fast gar keine Geschlossen. Vereinzelt stehen in den verschiedenen Drudereien einige Berufsangehörige, so daß Altenburg, eine der ältesten Zahlstellen unseres Verbandes, stets einen bescheidenen Mitgliederbestand aufzuweisen hatte. Mit dem Einsetzen und der Entwicklung der „Altenburger Buchbinder“ G. m. b. H. ist auch hier eine Veränderung eingetreten. In diesem Betrieb werden zurzeit zirka 80 Berufsangehörige beschäftigt. Wir hoffen, daß die Entwicklung genannten Betriebes weitere Fortschritte macht.

In je zwei Stunden Entfernung von Altenburg liegen die beiden Nachbarzahlstellen Göhny und Schmödn.

In Göhny ist vor allen Dingen die Knopfindustrie zu Hause und unser Berufsleben (Kartonnagen) ist vom jeweiligen Geschäftsgang derselben stark beeinflusst. Von Schmödn ist fast das gleiche zu sagen. Hier ist die Galanteriewarenbranche vorherrschend. Das gegenseitige Zusammenarbeiten beider Zahlstellen mit Altenburg war von jeher ein gutes. Gegenseitige Besuche wurden oft gemacht, und so wurde wiederholt der Wunsch rege, durch gemeinsame, in gewissen Zeiträumen stattfindende Sitzungen, unter Hinzuziehung noch einiger benachbarter Zahlstellen, das Verhältnis noch weiter zu fördern und zu kräftigen. Die erste dieser Sitzungen fand am 11. Januar in Gera statt.

Kollege Hecht hatte auftragsgemäß diese Zusammenkunft einberufen und Einladungen an die Zahlstellen Gera, Zeitz, Göhny, Schmödn und Altenburg ergoßen lassen. Mit Ausnahme von Zeitz waren die genannten Zahlstellen durch den Vorsitzenden, zwei auch gleichzeitig durch die Kassierer vertreten. Gauleiter Wagner war ebenfalls eingeladen, konnte aber wegen anderweitiger Inanspruchnahme nicht erscheinen. Er hatte zur Legung wertvoller statistische Unterlagen zur Verfügung gestellt, gleichzeitig auch-praktische Richtlinien für die Verhandlung selbst gegeben.

Der Grundgedanke der Zusammenkunft war, ein besseres gegenseitiges Zusammenarbeiten der benachbarten Zahlstellen in die Wege zu leiten und festzulegen. Vor allen Dingen soll in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten erstrebt, auch alle verwaltungstechnischen Fragen usw. besprochen und erörtert werden. Die vom Gauvorstand zugesandten Zusammenstellungen über den Mitgliederstand zeigen mit aller Deutlichkeit, wo der Nödel anzufassen ist. Gera weist 3. 1. gegenüber dem zweiten Quartal 1923 einen Mitgliederverlust von über 200 Mitgliedern auf, ebenso Zeitz einen solchen von zirka 150 Mitgliedern. Bei den Zahlstellen Schmödn und Göhny steht es weniger schlimm aus, doch ist auch hier ein nicht kleiner Rückgang zu verzeichnen. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Altenburg. Auch hier war ein Rückgang zu verzeichnen; dieser ist jedoch jetzt überholt, so daß die Mitgliederzahl gestiegen ist und bald die Hundert erreicht sein wird.

Es galt vor allen Dingen festzustellen, was die Ursache für die Verluste an Mitgliedern war, denn es lag klar zutage, daß nicht allein die wirtschaftlichen Verhältnisse schuld daran sein konnten. Die erlauteten Berichte beschäftigten voll und ganz diese Vermutung, besonders, was die Verhältnisse in Gera anbetraf.

Kollege Kuppe-Gera schildert in ausführlicher Weise die Verhältnisse in seiner Zahlstelle. Er betont, daß die Interessenslosigkeit der Kollegen und Kolleginnen die Hauptschuld an den traurigen Zuständen trage, vor allen Dingen in der Kartonnagenbranche machen diese sich besonders bemerkbar. Hier ist allerdings der große Wechsel die Hauptschuld, mancher Betrieb ist der reine Laubenschlag. Auch die Abwanderung vom Berufe hat viel mit beigetragen. Die traurigste Erscheinung ist aber die, daß alte und tüchtige Verbandsmitglieder dem Verband den Rücken gekehrt haben, ja gegen denselben arbeiten, weil sie glauben, daß ihr Zeit von Moskau komme. Sie wählen und heben in der verwerflichsten Art gegen den Verband, und leider lassen sich immer noch Kollegen finden, die diesen traurigen Gesellen Glauben schenken. Auch in der Beitragszahlung sieht es in Gera äbel aus. Versammlungen finden außer den Zusammenkünften des Vorstandes nicht statt, und die einst so gut besuchende Zahlstelle Gera bietet uns heute ein trauriges Bild.

Die Berichte von Göhny und Schmödn lassen erkennen, daß in beiden Orten die Hauptursache des Mitgliederabganges in der schlechten Konjunktur, die leider nun schon Jahre anhält, zu suchen ist. In Göhny ist es die Galanteriewarenbranche, die schon seit Jahren daniederliegt, in Schmödn die Knopfindustrie, die ebenfalls schon seit langer Zeit eine schlechte Konjunktur aufzuweisen hat. Mit beiden Industrien sind jedoch unsere Interessen durch die Kartonnagenbranche aufs engste verknüpft. Jetzt sollen alle Hebel angelegt werden, dem Mitgliederabgang, vor allen Dingen unter den weiblichen Mitgliedern, entgegenzuarbeiten und alles versucht werden, diese dem Verbands wieder zuzuführen.

Am günstigsten lautete der Bericht von Altenburg. In der Buchbinderbranche ist die Konjunktur gut, auch in der Kartonnagenbranche scheint sie sich zu heben, und es sieht zu erwarten, daß unser Mitgliederstand dadurch sich noch weiter steigern wird. Unorganisierte Kollegen und Kolleginnen sind in unserer Zahlstelle keine zu finden, der Versammlungsbesuch kann als betriebligend bezeichnet werden, wenn er auch noch besser sein könnte. Das gleiche kann auch von der pünktlichen Zahlung der Beiträge gesagt werden.

Wie nun die Verhältnisse in Zeitz, das leider nicht vertreten war, gelagert sind, was hier die Ursachen für den so großen Mitgliederverlust sind, konnte nicht festgestellt werden, es scheint aber, daß in Zeitz dieselben Ursachen maßgebend sein dürften wie in Gera und daß auch hier dringend Abhilfe geschaffen werden muß.

Kollege Hecht kam zum Schluß nochmals auf die einzelnen Punkte zu sprechen. Die Zustände in Gera unterzog er einer scharfen Kritik und empfahl Mittel und Wege zur Besserung. Besonders erwahnte er, die Versammlungstätigkeit unter allen Umständen wieder aufzunehmen, für eine geordnete und pünktliche Beitragszahlung Sorge zu tragen und vor allen Dingen aus den Reihen der treuen und zuverlässigen Mitglieder Mitarbeiter und Helfer heranzuziehen. Die Kollegen Matthes-Schmödn und Kähler-Göhny empfahlen besonders, überall eine intensive Hausagitation zu entfalten und soll eventuell ein Austausch der Kollegen aus den benachbarten Zahlstellen dazu erfolgen. Besprochen wurde, die nächste Bezirksitzung an einem später zu bestimmenden Zeitpunkt in Altenburg abzuhalten.

Und nun, Kollegen und Kolleginnen, vor allem aber ihr Berufsangehörigen von Gera und Zeitz: Ihr alle, die ihr unserer Organisation den Rücken gekehrt habt, ihr alle, die ihr unserem Verbands noch fernsteht, ihr alle, die ihr euch durch kommunikalische Fehler und Schönredner hat betören lassen, erkennt, daß ihr irreführt, daß ihr eure rechte Stimme, euren rechten Geist nur bei eurem Verbands findet. Wollen wir uns eine bessere Existenz sichern, wollen wir unsere Lebensbedingungen günstiger gestalten, dann müssen alle Berufsangehörige fest zum Verbands stehen, denn nur vereinte Kräfte führen zum Ziel!

S. A.

Zahlstellenkonferenz im Gau Rheinland 1. d. Mf.

Am 1. Februar fand in Köln eine Zahlstellenkonferenz des Gau's Rheinland 1. d. Mf. statt. Mit einer Ausnahme waren sämtliche Orte vertreten. Nach kurzer Begrüßung durch den Gauleiter trug das Doppeldirektor des Gesangsvereins Guttenberg einige stimmungsvollelieder vor. Dreger hielt das einleitende Referat. In 12stündigen Ausführungen gab er einen Rückblick auf die Zeit seit der letzten Konferenz im Jahre 1922, den Aufbruch, Währungsverfall, Entlassung der Industrie mit ihren Folgen für unsere Branchen und die Organisation. Wenn alle Momente objektiv betrachtet würden, käme man zu dem Schluß, daß die Organisation diese schwierige Zeit gut überstanden habe; ein langsamer Aufschwung habe wieder statt und eine innere Gesundung mache sich be-

Berichte.

Cottbus. Am 7. Februar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung... Er kam dabei auf die Interessiertheit und Saumlosigkeit einzelner Mitglieder zu sprechen...

Freiburg. Wenn man die Nr. 51 des Verbandsorgans vom Vorjahre durchsieht und den Agitationsbericht vom Gau Württemberg und Baden liest, vermisst man die Zahlstelle Freiburg... Dies könnte den Anfein erwecken, als ob wir dem Dornroschenschlaf gehuldig hätten...

Konstanz. Die Generalversammlung vom 6. Februar war nicht so gut besucht als man erwarten mußte. Anwesend waren 20 Kollegen und 3 Kolleginnen von 80 Mitgliedern... Die Kolleginnen hatten es für unnötig, überhaupt in Versammlungen zu kommen...

Für die Folge finden unsere Versammlungen jeden Freitag im Monat statt, rege Beteiligung ist notwendig. Wir sehen noch schweren Kämpfen entgegen, zumal in unserer Zahlstelle Konstanz, da wir bestrebt sind, unsere Lage der örtlichen Teuerung anzupassen...

Plauen. Am 30. Januar fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Der Besuch war leidlich, die Kollegen sollten sich auch nicht durch Regen und Schneesturm vom Versammlungsbefuch abhalten lassen... Die Zahlstelle im vergangenen Jahre ging anscheinlich wieder von den Nachwirkungen der Inflation erholt hat...

Müncheroth. Am 2. Februar fand in Müncheroth, der „Perle des Agertales“, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Gemeindeführer Groenhoff überließ die Leitung... „Die allgem. ne gewerkschaftliche und tarifliche Lage“. Er begann mit der Mitteilung, daß kurz vor Beginn der Versammlung ein Arbeiter aus dem Hammerwerk ihn fragte, ob nicht bald der geforderte Achtstundentag festgelegt würde...

Groenhoff ging dann auf die Nachkriegszeit ein. Damals gaben sogar die Schornsteine in der Schwerindustrie ihren Herrn-im-Haus-Standpunkt auf, wurden „tariflos“ und nannten sich „Freunde des Achtstundentages“... Die Arbeiterrechte gelegentlich wieder aufzunehmen...

Uebergangs zu den besonderen tariflichen Verhältnissen betonte Groenhoff, daß bei der Firma Jäger in Müncheroth zurzeit die tarifliche Lage ungelöst ist. Sie ist Mitglied des „Reichsverbandes“, dem in der Hauptsache neben vereinzelten Buchbindereien die Gebetbuchbranche angeschlossen ist... Die Firma Jäger steht somit als Geschäftsbuchfabrik nur in sehr losem Zusammenhang mit ihrer Branche...

Befamtmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orien neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nimmher in Beitragsklasse

Table with 5 columns: I, II, III, IV, V. Rows: Arnstadt i. Th., Gerstfeld b. Dornstadt, Plauen i. Vogtl.

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 10. Februar bei der Verbandskasse ein von: Königsberg 226,75 M., = Bremen 122,77 M., Nürtingen-Wilhelmsbad 35,35 M., = Dessau 90,—, Markt, Halberstadt 500,— M., = Bielefeld 2500,— M., Braunschweig 1155,20 M., = Dortmund 1005,— M., Düsseldorf 904,50 M., Duisburg-Ruhrort 125,— M., Essen 1283,70 M., = Elberfeld 123,22 M., = Darmstadt 710,— M., Frankfurt a. M.-Ostend 6450,— M., Gerstfeld 486,31 M., Fulda 25,47 M., = Jena 195,— M., = Gau Sachsen 38,80 M., Chemnitz 3679,75 M., Glauchau 100,— M., Großenhain 130,— M., Reichenbach i. S. 49,50 M., Zittau 265,75 M., = Lehr i. B. 2500,— M., = Zwickau 65,20 M., Pforzheim 1040,— M., Ulm 573,50 M. Auch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Rottbus, Neubamm, Stettin, Stolp...

Firma sich unter den zuständigen Reichstarif stellt. 2. Das Arbeitszeitabkommen, das mit den „Api“-Verbänden vereinbart wurde. 3. Die Bezahlung der ungelernen Arbeiter.

Ueber die beiden ersten Punkte hoffen wir mit der Firma zu einer Verständigung zu kommen. Was die dritte Frage betrifft, so ist festzustellen, daß unter Umständen der entsprechende Tarif des deutschen Verbands herangezogen werden kann, der auch nicht schlecht ist. Ob die Firma sich dabei besser stellt, ist sehr zu bezweifeln. Der Verbandsbund hat es dann in der Hand, bei Differenzen die Zu- und Abfuhr der Güter zu unterbinden...

Aus alledem ist ersichtlich, wie notwendig die Verbände sind, und es ist eine Freude und ein Ruhm für die Zahlstelle, daß sie alle Stürme glänzend überstanden hat und einig und fest daheut. Im Anschluß daran gab Kollege Althaus den Klassenbericht, der einstimmig gutgeheißen wurde. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Groenhoff dankte dem Gesamtvorstand für seine Mithewaltung und hoffte, daß der alte Vorstand das Amt wieder annehmen würde, bis die Schwierigkeiten der Gegenwart überwunden sind...

Zum Schluß regte Althaus an, auch der Gesellschaft zu dienen und zum Frühjahr ein Fest zu geben. Dieser Antrag wurde auch der Versammlung zugestimmt.

Literarisches.

2. Erdmann. Die Gewerkschaften im Ruhrkampf. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14. 224 Seiten. Preis: Ganzleinen 5,75 M., broschiert 4,75 M.

Leo Trautk. 1917. Die Lehren der Revolution. Mit Vorwort von Dr. Paul Levi. 80 Seiten. Preis: kartoniert 1 M., E. Landwehr Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin W. 30, Gleditschstr. 6.

Leo's Buchbinder-Taschenrechner 1923. Verlag des Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien, Stuttgart. (35. Jahrgang.) Vorkaufspreis für regelmäßige Bezahler des „Buchbinder-Anzeigers“ 2 M., sonst 2,50 M.

Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Ausschließung vom 11. Dezember 1924 beschlossene Satzungsänderung mit Ausnahme der Ziffer 3 des § 31a genehmigt ist.

Hiernach ist der Kreis der Familienangehörigen auf Eltern, Geschwister, Groß- und Schwiegereltern nach dem Antrage des Vorstandes erweitert, die Gewährung von Brillen, Bandagen, Wädem usw. an diese vom Oberversicherungsamt aber nicht genehmigt worden.

Druckeremplare dieser Satzungsänderung können in den nächsten Tagen im Kassentotal angefordert werden.

Der Vorstand. St. Gottesmann, Vorsitzender.

Liste der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin. Zülst, - Hensburg, - Torgau, - Bünde i. W., - Münster, Kemfche, - Gieken Weister, Gräfenhain, Gannau, Malin, Saarbrücken, Wiesbaden, - Gera, Gotha, Korbau, Reichenstein, Rudolfsdorf, - Aue i. Gegend, Gai-nichen, Sebnitz, Zwickau, - Trossingen, - Schweinfurt, - Augsburg.

Die Verwaltungen dieser säumigen Zahlstellen werden dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß wir schnellstens in den Besitz der Abrechnung kommen. Die Gau- und Bezirksleiter sind verpflichtet, auf die säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, damit diese sofort ihren Verpflichtungen nachkommen.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Göttingen i. S. B.: M. Lauterbach, Dammstr. 6. K.: A. Schmidt, Albersstr. 22. Rottbus. B.: G. Gräß, Am Amstelsch 18. K.: A. Pöta, Marienstr. 20. Krefeld. B.: E. Lehmann, Inrath Str. 95. K.: W. Schüb, Alte Str. 8. Ruda i. Th. B.: S. Erner, Klosterstr. 56 f. K.: H. Herwig, Wöhlenstraße. Stettin. B.: A. Polnow, Grenzstr. 31 II. K.: W. Plograd, Feinrichstr. 51 I. Stolp i. Pomm. B.: H. Freig, Gr. Mauerstr. 20. K.: H. Seyden, Wittichstr. 4.

Der Verbandsvorstand.